

Infrastrukturinvestments in Deutschland: ein Fall für institutionelles Kapital und die Altersvorsorge?

Wie langfristiges Kapital für die Modernisierung Deutschlands gewonnen wird

*Dr. Oliver Heiland, RA, Managing Director — Capital for Resilience Advisors
Achim Pütz, RA, Vorsitzender des Bundesverbandes Alternative Investments e.V.*

Zusammenfassung

- **Globaler Wettbewerb um Kapitalmobilisierung für Infrastruktur:** Vor dem Hintergrund steigender Staatsverschuldung und steigenden Kapitalbedarfs für Infrastruktur steht Deutschland in einem globalen Wettbewerb um langfristiges Kapital für die Modernisierung Deutschlands.
- **Deutschland hat die „toolbox“, nutzt sie aber noch nicht systematisch und durchgängig für Infrastrukturinvestments:** Die Ergebnisse des BAI Investor Survey 2026 belegen, dass institutionelle Investoren das Investitionsumfeld im Ausland gegenüber Deutschland bevorzugen. Strukturelle Hemmnisse wie langwierige Genehmigungen und fragmentierte Projektpipelines wirken als Verstärker. Deutschland hat jahrzehntelange Erfahrung mit Instrumenten, nutzt diese aber noch nicht systematisch für Infrastrukturinvestments.
- **Internationale Ansätze und das Modell integrierter Plattformlösungen:** Um Standortnachteile zu überwinden, greifen klassische Bondprogramme und Sozial-Fonds alleine zu kurz. Eine skalierbare Investitionsplattform, die standardisierte Projektpipelines mit gezielter öffentlicher Risikoteilung verbindet, kann attraktive Rahmenbedingungen für langfristige Anleger wie institutionelle Investoren und Sparer gleichermaßen schaffen.

Eine internationale Aufgabe mit deutscher Dringlichkeit

Die Mobilisierung privaten Kapitals für Infrastruktur gehörte zum öffentlichen Programm der Jahrestagung von IWF und Weltbankgruppe im Herbst 2026 in Bangkok. Der fiskalische Hintergrund ist bekannt: Bereits im Fiscal Monitor vom April 2026 prognostizierte der IWF bei unverändertem Kurs einen Anstieg der globalen Staatsverschuldung auf 100 Prozent des Welt-BIP bis 2029.

Der deutsche Investitionsgipfel (*Invest in Germany Summit*) am 19. und 20. Oktober 2026 in Berlin griff die Finanzierung der deutschen Modernisierung auf. Infrastruktur und Energie gehörten zu den Programmschwerpunkten. Die im Oktober veröffentlichte Studie *„Reinventing Growth“* der Initiative Made for Germany zeigt am Beispiel TenneT Germany, dass öffentliche und institutionelle Kapitalgeber bereits gemeinsam in deutsche Infrastruktur investieren. Zugleich hebt sie die Bündelung kommunaler Projekte und skalierte Plattformen als Ansatzpunkte für weitere Investitionen hervor.

Infrastruktur ist bei institutionellen Anlegern gefragt. Mit ihren langfristigen Zahlungsströmen können entsprechende Anlagen auch zur kapitalgedeckten Altersvorsorge passen, sofern Rendite, Risiko und Liquidität den Vorsorgeanforderungen entsprechen. Gleichwohl bewerten die Teilnehmer des BAI Investor Survey 2026 das Investitionsumfeld in allen acht untersuchten Infrastruktursektoren im Ausland günstiger als in Deutschland.

Die im September veröffentlichte Befragung von 105 institutionellen Investoren aus dem deutschsprachigen Raum zeigt damit einen deutlichen Bewertungsabstand zum Heimatmarkt. Als mögliche Erklärung kommen strukturelle Hemmnisse in Betracht: langwierige Genehmigungsverfahren, fragmentierte kommunale Projektpipelines, unsichere Erlösmodelle und hohe Transaktionskosten. Der BAI-Infrastrukturreport beschreibt entsprechende Probleme. Sie erhöhen Prüfungsaufwand und Unsicherheit und können deutsche Vorhaben im internationalen Vergleich weniger attraktiv machen.

Auch der BAI-Versicherungsreport vom März 2026 unterstreicht das Interesse an Infrastruktur: Auf Basis der Befragung 2025 beschreibt er geplante Allokationssteigerungen insbesondere bei Infrastrukturfinanzierungen. Investitionsbereitschaft ist vorhanden – aber sie braucht investierbare Strukturen.

Über den Investitionsgipfel hinaus lautet damit die Frage: Welche Rahmenbedingungen braucht Deutschland, damit seine Infrastrukturprojekte im internationalen Wettbewerb um langfristiges Kapital überzeugen und attraktive Anlagemöglichkeiten bieten?

Deutschland verfügt über eine „toolbox“ erprobter Instrumente – nutzt sie aber noch nicht systematisch und durchgängig für Infrastrukturinvestments

Deutschland verfügt über jahrzehntelange Erfahrungen mit öffentlich verankerten Investitionen. Ein Beispiel ist der Wachstumsfonds Deutschland, der öffentliches Ankerkapital mit privaten institutionellen Anlagen verbindet. Zwei parallele Investmentvehikel berücksichtigen unterschiedliche Risikopräferenzen. Das Beispiel betrifft Venture Capital, zeigt aber, wie eine öffentliche Initiative über konkrete Fondsstrukturen institutionelles Kapital mobilisieren kann. Der Deutschlandfonds bildet dagegen nach ausdrücklicher Beschreibung der KfW keinen Investmentfonds, sondern eine Dachstruktur für verschiedene Finanzierungs- und Absicherungsinstrumente. Zu seinen Bausteinen gehört der Rohstofffonds, über den Eigenkapitalbeteiligungen und KfW-Kredite für Projekte zur Versorgung mit kritischen Rohstoffen bereitgestellt werden. Das Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ ist wiederum kein Investmentfonds, an dem sich Anleger beteiligen können, sondern ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen des Bundes mit eigener Kreditermächtigung und gesondertem Wirtschaftsplan. Es dient der Finanzierung zusätzlicher Investitionen in die Infrastruktur und zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045.

Diese Instrumente sind wertvoll, operieren jedoch überwiegend als einzelne Förder- oder Finanzierungsbausteine und noch nicht als fortlaufende, standardisierte Pipeline mit systematischer Risikoteilung für institutionelle und Vorsorgekapitalgeber.

Auch regulatorisch bestehen Spielräume für Infrastrukturinvestitionen. Die Anlageverordnung für Pensionskassen, Sterbekassen und kleine Versicherungsunternehmen erleichtert entsprechende Anlagen: zulässige direkte und indirekte Infrastrukturinvestitionen im Umfang von bis zu fünf Prozent des Sicherungsvermögens werden nicht auf Mischungsquoten angerechnet (vgl. § 3 Abs. 7 AnlV). Die Altersvorsorgereform eröffnet ergänzend einen weiteren Zugang über private Vorsorgeangebote. Dazu zählt im AV-Depot die Möglichkeit, Anteile an geeigneten offenen europäischen langfristigen Investmentfonds (ELTIF) zu erwerben, die auch in Infrastruktur investieren können. Dabei gelten die jeweiligen Anlage- und Produktvorgaben. Instrumente und regulatorische Öffnungen sind also dem Grunde nach vorhanden. Wie lassen sie sich so

verbinden, dass daraus konkrete und attraktive Investitionsmöglichkeiten für langfristiges Kapital entstehen?

Gestaltungselemente für bessere Anlagemöglichkeiten

Investierbare Projekte und die Anforderungen langfristiger Anleger müssen zusammenfinden. Der DIA-Standpunkt von Peter Schwark und Oliver Heiland vom Juni 2026 hat diesen Zusammenhang bereits am Beispiel des Altersvorsorgedepots als zusätzlichem Kapitalmarktkanal erläutert. Vier Gestaltungselemente zeigen mögliche Ansatzpunkte:

- **Projektpipelines für Planbarkeit und Investitionsreife.** Eine sichtbare Projektpipeline mit geklärten Genehmigungen, einheitlichen Unterlagen und nachvollziehbaren Erlösmodellen könnte Unsicherheit und Prüfungskosten senken und damit den Bewertungsabstand zum Ausland verringern. Gebündelte kommunale Vorhaben könnten investierbare Portfolios bilden.
- **Gezielte Risikoteilung.** Begrenzte öffentliche Verlustpuffer oder Garantien könnten konkret benannte Investitionshemmnisse adressieren. Umfang, Laufzeit und Preis der Absicherung wären festzulegen. Eine Beteiligung der öffentlichen Hand an höheren Mehrerträgen könnte die Risikoverteilung ergänzen.
- **Nachweisbare Vorteile für langfristige Anleger.** Bevorzugte Ausschüttungen, niedrigere Gebühren oder gezielte steuerliche Anreize könnten langfristige Kapitalzusagen attraktiver machen. Die Vorteile müssten wirtschaftlich beim jeweiligen Anleger ankommen und zusätzliche Investitionen unterstützen.
- **Passende Anlagevehikel und verlässlicher Zugang.** Anlagevehikel müssen zu den regulatorischen Vorgaben sowie den Laufzeit- und Liquiditätsanforderungen der jeweiligen Anleger passen. Für private Vorsorgeangebote sind zudem praktikable Abläufe für laufende Beiträge, Umschichtungen und Anbieterwechsel erforderlich.

Wie bereits im Rahmen der BAI-Umfrage verdeutlicht, steht Deutschland im unmittelbaren internationalen Wettbewerb um institutionelles Kapital. Zudem sind auch für neue pensionsvermittelte Kapitalmarktkanäle wie das Altersvorsorgedepot Anreize zu schaffen, die eine Anlage in langfristige Infrastrukturgüter in Deutschland neben liquiden Anlageninstrumenten wie ETFs unter Rendite-Risiko-Gesichtspunkten attraktiv machen.

Internationale Perspektiven der Kapitalmobilisierung

Die Weltbankgruppe setzt bei der Kapitalmobilisierung unter anderem auf verlässliche Rahmenbedingungen, Risikoabsicherung und standardisierte Anlageangebote. Die IFC beschreibt, wie gebündelte und diversifizierte Anlagen institutionellen Investoren einschließlich Pensionsfonds den Zugang erleichtern sollen. Diese Ansätze betreffen vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer; die Frage nach investierbaren Strukturen stellt sich auch in Deutschland. Andere Länder zeigen unterschiedliche Wege, wie sich öffentliches Engagement mit langfristigem institutionellem Kapital verbinden lässt.

- **Staatlich verankerte Plattform – Indien.** Der National Investment and Infrastructure Fund (NIIF) zeigt, wie eine staatlich verankerte Plattform institutionelles Kapital gewinnen kann. Beim ersten Closing des auf Eigenkapitalinvestitionen ausgerichteten Infrastructure Fund II im August 2026 beteiligten sich neben der indischen Regierung unter anderem Australian Super, CPP Investments und Ontario Teachers' Pension Plan. Die Kapitalzusagen beliefen sich auf rund zwei Milliarden US-Dollar.
- **Infrastrukturmanager mit gemischtem Gesellschafterkreis – Italien.** F2i ist ein eigenständiger Infrastrukturmanager, an dessen Verwaltungsgesellschaft CDP Equity eine Minderheitsbeteiligung hält. Zu den Anlegern seiner Fonds gehören Pensionsfonds und Versicherer. Die öffentliche Verankerung setzt hier auf Ebene des Managers an und verbindet sich mit professionellem Fondsmanagement und institutionellen Fondsbeteiligungen.
- **Vertragliche Risikoteilung – Dänemark.** Der SDG Investment Fund II verbindet öffentliches Kapital mit Anlagen mehrerer Pensionsfonds. Private Anleger erhalten bevorzugte Ausschüttungen und verzichten dafür auf einen Teil höherer Mehrerträge. Ergänzend reduziert eine EU-Garantie bestimmte Verlustrisiken auf Ebene einzelner Investments. Der Fonds investiert in Entwicklungs- und Schwellenländern und ist kein reiner Infrastrukturfonds. Übertragbar ist die gezielte vertragliche Verteilung von Risiken und Erträgen zwischen öffentlichen und privaten Kapitalgebern.

Für Deutschland eröffnen diese Beispiele unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten. Öffentliches Ankerkapital, eine Beteiligung am Fondsmanager und vertragliche Risikoteilung können je nach Projekt- und Anlegerbedarf kombiniert werden. Entscheidend ist, daraus überprüfbare Investmentbedingungen zu entwickeln, die den Anforderungen langfristiger Investoren einschließlich der Einrichtungen der Altersvorsorge entsprechen.

Welche Ansätze ergeben sich für Deutschland?

Klassische Bondprogramme und traditionelle Infrastrukturfonds bilden das operative Fundament. Eine ergänzende integrierte Plattformlösung könnte helfen, deutsche Standorthemmnisse zu überwinden und institutionelles Kapital breiter zu mobilisieren, indem sie bestehende Förderinstrumente, standardisierte Projektpipelines und gezielte Risikoteilung bündelt.

- **Klassische Bondprogramme** können Infrastruktur über Staats-, Förderbank- oder Projektanleihen finanzieren und Anlegern Zins- und Tilgungszahlungen bieten. Das Risikoprofil hängt insbesondere vom Schuldner, seiner Bonität und einer etwaigen Besicherung ab. Eine Staatsanleihe mit Infrastrukturbezug unterscheidet sich insoweit grundlegend von einer Anleihe einer Projektgesellschaft.
- **Ein klassischer Infrastrukturfonds** könnte öffentliches Ankerkapital und privates institutionelles Kapital in einem professionell verwalteten Portfolio zusammenführen. Die Anleger partizipieren an dessen Erträgen und Wertentwicklung. Das Fondsmanagement übernimmt die Auswahl geeigneter Projekte, die Diversifikation und die laufende Überwachung.

- **Eine skalierbare Investitionsplattform, die standardisierte Projektpipelines mit gezielter öffentlicher Risikoteilung verbindet**, würde über einen einzelnen Fonds hinausgehen. Sie könnte fortlaufend Projekte aufbereiten, öffentliche Finanzierungs- und Absicherungsinstrumente einbinden und über verschiedene Fonds oder Anleiheprogramme unterschiedliche Anleger ansprechen. Elemente aus Blended Finance – etwa nachrangiges öffentliches Kapital oder die Absicherung einzelner Risiken – könnten bevorzugte Tranchen für langfristige Anleger ermöglichen. Deren Vorteile wären vertraglich festzulegen, beispielsweise durch bevorzugte Ausschüttungen oder einen klar begrenzten öffentlichen Verlustpuffer. Öffentliche Risikoteilung sollte zusätzliches privates Kapital mobilisieren und sich in wirtschaftlich attraktiven Anlagebedingungen widerspiegeln. Bei Anlagen der Altersvorsorge müssten diese Vorteile letztlich den Versicherten und Sparern zugutekommen.

Eine solche Plattform müsste zugleich den Weg vom Projekt zur investierbaren Anlage organisieren, da gerade unzureichend entwickelte oder auch heterogene Projektpipelines eines der größten Investitionshemmnisse darstellen. Dies könnte beispielsweise im Rahmen standardisierter Projektparameter Vorhaben etwa aus den Bereichen Netze, Wärmeversorgung und digitale Infrastruktur nach Investitionsreife ordnen und im Rahmen digitalisierter Strecken einheitliche Daten zu Genehmigungen, Bau- und Betriebsrisiken sowie Erlösmodellen vereinheitlichen. Das Beispiel zeigt, wie bedeutsam eine ganzheitliche Vorgehensweise ist, mit der die Wertschöpfungskette vom Investitionsgegenstand bis zur Beteiligung langfristiger Investoren und Sparer durchdacht wird.

Anlegerinteressen und Primat der Altersvorsorge

Maßstab für jede Struktur bleiben die Interessen und Verpflichtungen der Anleger. Für Kapital aus der Altersvorsorge gilt dabei eine besondere Zweckbindung: Es ist kein disponibles Kapital für staatliche Budgetzwecke, sondern dient künftigen Alterseinkommen. Infrastrukturinvestitionen müssen deshalb aus Sicht der Versicherten und Sparer überzeugen. Ein öffentlicher Verlustpuffer ist weder eine Renditegarantie noch eine Zusage täglicher Liquidität und darf kein Ersatz für marktfähige Projekte sein. Auch eine Konzentration auf Deutschland bleibt am Diversifikationsbedarf zu messen. Eine belastbare Governance muss festlegen, wer Projekte auswählt, öffentliche Risikoübernahmen genehmigt und Anlageentscheidungen trifft. Klare Mandate, Regeln zum Umgang mit Interessenkonflikten und eine nachvollziehbare Berichterstattung müssen sicherstellen, dass sowohl die Anlegerinteressen als auch die vereinbarten Grenzen öffentlicher Risikoübernahme gewahrt bleiben.

Unter diesem Primat lohnt die Frage: Was spricht dagegen, Bürger über ihre Altersvorsorge an attraktiven und gezielt privilegierten Investitionschancen der Modernisierung Deutschlands zu beteiligen – solange Rendite, Risiko, Kosten und Laufzeiten dem Vorsorgezweck dienen? Entscheidend sind Anlageangebote, die im internationalen Vergleich überzeugen und die bereits vorhandene Investitionsbereitschaft langfristiger Anleger tatsächlich mobilisieren.

Heidelberg und Bonn, 26. Oktober 2026

Autoren



Dr. Oliver Heiland, RA
Capital for Resilience Advisors

Oliver Heiland berät mit Capital for Resilience Advisors Banken, Vermögensverwalter und institutionelle Investoren an der Schnittstelle von Private Markets, Investment-Plattformen und Altersvorsorge-Architektur. Er verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung in den Private Markets, u.a. bei Allen & Overy, Allianz Global Investors und Deka. Seit 2009 lehrt er am Institute for Law and Finance (ILF) der Goethe-Universität Frankfurt.



Achim Pütz, RA
Vorsitzender des Bundesverbandes Alternative Investments e.V.

Achim Pütz ist Gründer und Vorsitzender des Bundesverbandes Alternative Investments e.V. und war über viele Jahre Ratsmitglied der Alternative Investment Management Association (AIMA). Achim Pütz ist seit Mai 2019 Partner bei Luther. Zuvor war er als Managing Partner und Leiter der deutschen Praxisgruppe Financial Services bei der SJ Berwin LLP und Dechert LLP tätig. Er ist Autor zahlreicher Beiträge für investment- und versicherungsaufsichtsrechtliche Fachpublikationen.

Zu einer vertieften Analyse: BAI: Investor Survey 2026 S. 4 und 24 · Infrastruktur-Report 2025 S. 2-3 und 17; BAI, März 2026, S. 5 und 14: Investor Report deutsche Versicherungsunternehmen 2026. Made for Germany, Reinventing Growth: Germany's unique combination of strengths unlocks five major investment areas, Oktober 2026, S. 35, 38 und 48.